



Anfragen: Frühlingsession 2020

Direktion Nummer	Grossrätin/Grossrat	Titel	Seite
Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion (WEU)			
4	Imboden (Bern, Grüne)	Sind Fahrerinnen und Fahrer von Uber Eats im Kanton Bern sozialversicherungsrechtlich und arbeitsrechtlich Angestellte?	3
5	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)	Wurden die Vergütungen der BKW-Führung per 2019 gesenkt?	4
6	Knutti (Weissenburg, SVP)	Zahlen zu Anbindeställen	5
9	Imboden (Bern, Grüne)	Sind Taxifahrer/-innen, die für UBER fahren, (Schein-)Selbständige?	6
10	Krähenbühl (Sprecher/in) (Unterlangenegg, SVP) Knutti (Weissenburg, SVP)	Wie gewährleistet der Regierungsrat auf Schulwegen die Sicherheit vor dem Wolf?	7
12	Alberucci (Ostermundigen, glp)	Beschränkte Offenlegungsmöglichkeiten bei der BKW: Was sind die rechtlichen Grundlagen?	8
21	Vanoni (Zollikofen, Grüne)	Erneute Verzögerung bei der Überprüfung der kantonalen Energiestrategie	9
Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI)			
3	Imboden (Bern, Grüne)	Wie werden Aufsicht und Qualität in den KITA im Kanton Bern verbessert?	10
18	Zybach (Spiez, SP)	Leitbild 2020-2026 der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion	11
20	Heyer (Perrefitte, FDP)	Besorgniserregende Wohnsituation eines Sozialhilfebezügers in Moutier	12
Bau- und Verkehrsdirektion (BVD)			
14	Köpfli (Wohlen b. Bern, glp)	Warum werden SBB-Sparbillette im Libero-Tarifverbund nicht angezeigt?	13
16	BDP (Kohli, Bern)	Kompetenz für Abschlüsse von Mietverträgen für den Kanton	14

Bildungs- und Kulturdirektion (BKD)

1	Speiser-Niess (Zweisimmen, SVP)	Werden pädophile Lehrpersonen auf Kantons- und Bundesebene registriert und der Schulleitung gemeldet?	15
2	Hess (Bern, SVP)	Warum finanziert der Kanton Bern die von linksextremen Terroristen verseuchte Reithalle?	16
8	Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP)	Einführung von Ganztageschulen und ihre Folgen	17
11	von Arx (Köniz, glp)	Erzwungene Schwimmtests auch am Inselspital?	18

Sicherheitsdirektion (SID)

1 5	Mühlheim (Bern, glp)	Rückstufungen von Niederlassungsbewilligungen C in Aufenthaltsbewilligungen B bei Ausländerinnen und Ausländern im Kanton Bern	19
1 7	Etter (Treiten, BDP)	Notsituationen von Grossveranstaltungen	20
2 2	Grupp (Biel, Grüne)	Warum erhalten abgewiesene Asylsuchende keine Nothilfe, wenn sie privat untergebracht sind?	21

Direktion für Inneres und Justiz (DIJ)

7	Knutti (Weissenburg, SVP)	Sollen PREFA-Dächer bei Wohnbauten verboten werden	22
13	Wandfluh (Kandergrund, SVP)	Rechtssicherheit für Mitholz über die kommenden 20-30 Jahre	23
19	Egger (Frutigen, glp)	Rechtssicherheit für Mitholz über die kommenden 20-30 Jahre	24

Anfragen Frühlingssession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 4

Eingereicht am: 02.02.2020

Eingereicht von: Imboden (Bern, Grüne)

Beantwortet durch: WEU

Sind Fahrerinnen und Fahrer von Uber Eats im Kanton Bern sozialversicherungsrechtlich und arbeitsrechtlich Angestellte?

Seit Ende Januar sind im Kanton Bern für den Foodkurier Uber Eats Fahrerinnen und Fahrer unterwegs, die Essen ausliefern. Unklar ist, ob es sich bei den Fahrerinnen und Fahrern wirklich um Selbstständige handelt oder nicht doch eher um sogenannt Scheinselbstständige, die sozialversicherungsrechtlich und arbeitsrechtlich eigentlich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind. Uber ist seit Jahren dafür bekannt, dass sie in der Schweiz Sozialversicherungen und arbeitsrechtliche Fragen unterlaufen. In Lausanne hatte im Mai 2019 das Arbeitsgericht einem ehemaligen Uber-Fahrer Recht gegeben und ihn als Angestellten von Uber anerkannt (und nicht als Selbstständigen). Das bedeutet, dass die betroffenen Fahrer durch das Arbeitsrecht geschützt sind und der Arbeitgeber sozialversicherungspflichtig ist. Der Kanton Genf verbietet gar seit Anfang November 2019 den Uber-Fahrdienst, bis Uber seinen Pflichten als Arbeitgeber nachkommt. Ebenso ist im Kanton Genf auch Uber Eats (vorläufig) verboten.

Fragen:

1. Hat das kantonale Arbeitsamt Kurierdienste wie Uber Eats dem Arbeitsgesetz unterstellt?
2. Kontrolliert die kantonale AHV-Ausgleichskasse Fahrer/-innen von Kurierdiensten wie Uber Eats?
3. Wie qualifiziert der Kanton Bern Fahrerinnen und Fahrer von Uber Eats sozialversicherungsrechtlich?

Verteiler

- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Frühlingssession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 5

Eingereicht am: 17.02.2020

Eingereicht von: Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)

Beantwortet durch: WEU

Wurden die Vergütungen der BKW-Führung per 2019 gesenkt?

Für das Geschäftsjahr 2018 erhielt BKW-CEO Suzanne Thoma als Vergütung 2,03 Millionen Franken. Diese hohe Entschädigung der Spitzenmanagerin des Stromversorgers BKW, der sich mehrheitlich im Besitz des Staates Bern befindet, sorgte vergangenes Jahr für grosse Kritik. Die Konzernleitung insgesamt erhielt 2018 5,67 Millionen Franken. Der Verwaltungsrat wurde 2018 mit insgesamt 932 000 Franken entlohnt.

Auch der Regierungsrat als Verantwortlicher des Eigners Kanton Bern kritisierte in einer Medienmitteilung vom 21. Mai 2019 die hohen Löhne bei der BKW: «Mit Sorge» beobachte der Regierungsrat die Entwicklung der Topsaläre, hiess es in der Mitteilung. Die Regierung forderte den Verwaltungsrat auf, das Vergütungsmodell zu überarbeiten, mit dem Ziel einer Senkung.

Fragen:

1. Trifft es zu, dass die Entschädigung von BKW-CEO Suzanne Thoma fürs Jahr 2019 nur noch 1,7 Millionen Franken beträgt (Vorjahr 2,03 Millionen Franken)?
2. Wie hoch ist die Vergütung für die ganze Konzernleitung im Jahr 2019 (Vorjahr 5,67 Millionen Franken)?
3. Wie hoch ist die Vergütung für den ganzen Verwaltungsrat im Jahr 2019 (Vorjahr 932 000 Franken)?

Verteiler

- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Frühlingssession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 6

Eingereicht am: 01.03.2020

Eingereicht von: Knutti (Weissenburg, SVP)

Beantwortet durch: WEU

Zahlen zu Anbindeställen

Letzten Herbst hat die IG Anbindestall sämtlichen Kantonen der Schweiz Fragen zur Anbindehaltung gestellt. In Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) soll herausgefunden werden, wie sich die Bauten von Anbindeställen entwickeln. Leider hat die Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern als einzige Institution die Zahlen nicht veröffentlicht.

Fragen:

1. Wie viele Anbindeställe wurden in den letzten drei Jahren im Kanton Bern gebaut?
2. Wie viele Gesuche für Anbindeställe wurden in den letzten drei Jahren im Kanton Bern gestellt und mit Strukturverbesserungsbeiträgen unterstützt?
3. Wieso wurden der IG Anbindeställe die geforderten Angaben (Zahlen) verweigert?

Verteiler

- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Frühlingssession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 9

Eingereicht am: 28.02.2020

Eingereicht von: Imboden (Bern, Grüne)

Beantwortet durch: WEU

Sind Taxifahrer/-innen, die für UBER fahren, (Schein-)Selbstständige?

Neuerdings fahren in der Stadt Bern Taxis mit UBER-Fahrerinnen und -Fahrern und erbringen Taxi-Dienstleistungen. Aufgrund mehrerer Rechtsfälle in anderen Städten ist offen, ob UBER-Fahrer/-innen wirklich als Selbstständigerwerbende im Sinne des Sozialversicherungs- und Arbeitsrechts gelten. UBER bewegt sich in einer Grauzone und nutzt dies aus. UBER umgeht mit der Argumentation «Wir sind eine Plattform und keine Arbeitgeberin» die in der Schweiz geltenden Gesetze.

Fragen:

1. Gelten Taxifahrer/-innen, die für UBER fahren, sozialversicherungsrechtlich als Selbstständigerwerbende?
2. Gelten Taxifahrer/-innen, die für UBER fahren, arbeitsrechtlich als Selbstständigengewerbende?
3. Welche Behörde kontrolliert, ob sich Taxifahrer/-innen, die für UBER fahren, wie die anderen Taxifahrer/-innen an die geltenden Gesetze und Vorgaben halten?

Verteiler

- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Frühlingssession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 10

Eingereicht am: 02.03.2020

Eingereicht von: Krähenbühl (Sprecher/in)
(Unterlangenegg, SVP)
Knutti
(Weissenburg, SVP)

Beantwortet durch: WEU

Wie gewährleistet der Regierungsrat auf Schulwegen die Sicherheit vor dem Wolf?

Im Zulgtal in der Region Thun wie auch im angrenzenden oberen Emmental wurde in den letzten Monaten gehäuft ein Wolf gesichtet. Das Tier verhielt sich völlig unnatürlich, zeigte kaum Scheu vor Menschen. So wurde der Wolf auch mehrfach gefilmt und gesichtet, wie er sich ohne Scheu in der Nähe von Siedlungen, aber auch auf Schulwegen und in der Nähe von Schulhäusern – etwa in der Nähe der Schulhäuser Unterlangenegg und Oberlangenegg – aufhielt. Das beunruhigt Familien, deren Kinder auf dem Schulweg dem wilden Raubtier Wolf begegnen könnten.

Fragen:

1. Kann der Regierungsrat garantieren, dass der Wolf die Kinder auf den Schulwegen unbehelligt lässt?
2. Was tut der Regierungsrat, um die Gefahr durch das Raubtier Wolf für Kinder auf dem Schulweg möglichst zu begrenzen?
3. Ist das Verhalten des besagten Wolfs in der Region Zulgtal, der keine Scheu vor Menschen und Siedlungen hat, wolfstypisch oder könnte es ein Hinweis darauf sein, dass es sich beim besagten Wolf um einen Hybriden (Mischling mit Hund) handelt?

Verteiler

- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Frühlingssession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 12

Eingereicht am: 02.03.2020

Eingereicht von: Alberucci (Ostermundigen, glp)

Beantwortet durch: WEU

Beschränkte Offenlegungsmöglichkeiten bei der BKW: Was sind die rechtlichen Grundlagen?

In seiner Antwort zur Motion 202-2019 «Transparenz bezüglich der Monopolrente der BKW» schreibt der Regierungsrat, dass «Aktionäre grundsätzlich keinen Anspruch auf Offenlegung oder Einsicht in einzelne Geschäftsdaten und Kalkulationen [haben], um diese anschliessend der Öffentlichkeit zugänglich zu machen». Es stellt sich die Frage nach den rechtlichen Grundlagen für diese Einschätzung.

Fragen:

1. Auf welche rechtlichen Grundlagen stützt sich die Einschätzung des Regierungsrates, dass auch der Kanton als Mehrheitsaktionär keine weitergehende Offenlegung verlangen kann, die ebenfalls allen Aktionären zugänglich gemacht wird?
2. Welche gesetzlichen Artikel, insbesondere des Obligationenrechts, betrifft das?
3. Gäbe es die Möglichkeit, die kantonale Gesetzgebung so anzupassen, dass eine erweiterte Offenlegung möglich wäre?

Verteiler

- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Frühlingssession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 21

Eingereicht am: 02.03.2020

Eingereicht von: Vanoni (Zollikofen, Grüne)

Beantwortet durch: WEU

Erneute Verzögerung bei der Überprüfung der kantonalen Energiestrategie

Die periodisch vorgeschriebene Überprüfung der kantonalen Energiestrategie und die zugehörige Umsetzungsplanung für vier Folgejahre ist 2019 vom Regierungsrat um ein Jahr hinausgeschoben worden. In diversen Unterlagen der Märzsession 2020 wird die überfällige Beratung im Grossen Rat nun «voraussichtlich» für die «Sommersession 2020» angekündigt. In der aktuellsten Geschäftsplanung des Grossen Rats ist das Geschäft samt «neuen Massnahmen 2020-2023» nun aber erst in der Herbstsession 2020 terminiert. Es kommt also, nachdem frühere Verzögerungen mit der Ablehnung des Energiegesetzes und mit der Direktionsreform begründet worden sind, zu einer weiteren Verschiebung eines energie- und klimapolitischen Schlüsselgeschäfts.

Fragen:

1. Warum kann der Grosse Rat über den Stand der Umsetzung der Energiestrategie und über neue Massnahmen nicht schon im Juni, sondern erst im Herbst 2020 beraten?
2. Wie verträgt sich die mittlerweile mehr als einjährige Verzögerung mit der im Juni 2019 beschlossenen «Erklärung des Grossen Rats zur Klimapolitik», wonach mögliche Massnahmen, um dem Klimawandel entgegenzutreten, prioritär zu behandeln sind?
3. Ist der Regierungsrat bereit, die «neuen Massnahmen 2020-2023» zur Umsetzung der Energiestrategie im Sinne der Erklärung des Grossen Rates prioritär voranzutreiben?

Verteiler

- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Frühlingssession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 3

Eingereicht am: 22.12.2019

Eingereicht von: Imboden (Bern, Grüne)

Beantwortet durch: GSI

Wie werden Aufsicht und Qualität in den KITA im Kanton Bern verbessert?

Im Kanton Bern werden die KITA anscheinend einmal pro Jahr von den Behörden unangemeldet besucht. Die Stadt Bern will diese Kontrollen jetzt aber intensivieren (Bund, 21.12.2019). Dass Kontrollen der KITA dringend nötig sind, zeigen Missstände beispielsweise bei der privaten KITA-Kette Globegarden, die auch im Kanton Bern aktiv ist (siehe Onlinemagazin Republik).

Fragen:

1. Wie häufig werden KITA im Kanton Bern unangemeldet pro Jahr kontrolliert?
2. Ist der Regierungsrat bereit, zur Qualitätssicherung das Instrument QualiKita von KIBESUISSE verbindlich zu erklären?
3. Ist der Regierungsrat bereit, im Rahmen des neuen Gesetzes über die sozialen Leistungsangebote Qualität und Aufsicht in den KITA im ganzen Kanton Bern zu verbessern?

Verteiler

- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Frühlingssession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 18

Eingereicht am: 02.03.2020

Eingereicht von: Zybach (Spiez, SP)

Beantwortet durch: GSI

Leitbild 2020-2026 der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Die Gesundheits- und Fürsorgedirektion hat im Januar 2017 ein Leitbild¹ für die kommenden fünf bis zehn Jahre festgelegt. Seit dem 16.12.2019 verfügt die Gesundheits- Sozial- und Integrationsdirektion (GSI) über ein Leitbild für die Jahre 2020-2026².

Das neue Dokument ist praktisch identisch aufgebaut wie das frühere Leitbild. Es fällt auf, dass einige Anpassungen und Verschiebungen gemacht und diverse Kürzungen vorgenommen wurden, so u. a. bei den «Werten» und bei den «Strategischen Grundsätzen».

Fragen:

1. Welche Resultate zeigte die Auswertung des Leitbilds aus dem Jahr 2017?
2. Weshalb wurde der strategische Grundsatz «Partnerschaftliche und innovative Weiterentwicklung der Versorgung» in der neuen Fassung weggelassen?
3. Wie soll das strategische Ziel «Die GSI verfügt über ein umfassendes Mitarbeiter-, Wissens- und Kompetenzmanagementsystem und betreibt proaktive Talent- und Nachwuchsförderung» erreicht werden?

Verteiler

- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
- Grosser Rat

¹ <https://www.gef.be.ch/gef/de/index/direktion/ueber-die-direktion/leitbild.assetref/dam/documents/GEF/GS/de/Leitbild/Leitbild-GEF-de.pdf>

² <https://www.gef.be.ch/gef/de/index/direktion/ueber-die-direktion/leitbild.html>

Anfragen Frühlingssession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 20

Eingereicht am: 02.03.2020

Eingereicht von: Heyer (Perrefitte, FDP)

Beantwortet durch: GSI

Besorgniserregende Wohnsituation eines Sozialhilfebezügers in Moutier

Ein schockierender Film, in dem eine heruntergekommene Wohnung im bernjurassischen Moutier gezeigt wird, hat in den sozialen Medien grosse Aufmerksamkeit erregt (über 200 000 Klicks). Der Eigentümer dieser Wohnung berichtet über die Schäden, die ein von der Sozialhilfe abhängiger Mieter hinterlassen hat. Dieser Mieter lebte anscheinend in totaler Verwahrlosung, was nicht nur die Gemeinde-, sondern auch die Kantonsbehörden interessieren sollte.

Fragen:

1. Wie oft hat eine Vertretung des Sozialdienstes den Mieter zu Hause besucht?
2. Seit wie vielen Jahren bezog die fragliche Person Leistungen der Sozialhilfe?
3. Hatte der Sozialdienst Kontakt zum Mieter, seit dieser aus der Wohnung ausgezogen ist?

Verteiler

- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Frühlingssession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 14

Eingereicht am: 02.03.2020

Eingereicht von: Köpfli (Wohlen b. Bern, glp)

Beantwortet durch: BVD

Warum werden SBB-Sparbillette im Libero-Tarifverbund nicht angezeigt?

Seit einiger Zeit bieten die SBB Sparbillette an. Diese haben das Ziel, die Belegung in Spitzenzeiten zu brechen, indem mehr Leute auf Verbindungen mit weniger Auslastung ausweichen. Sparbillette werden in der App jeweils angezeigt, bspw. wenn man ein Ticket für die Strecke Bern-Zürich kaufen will. Wenn man allerdings vor oder nach der SBB-Strecke gleichzeitig noch ein Ticket im Libero-Tarifverbund buchen will (bspw. Ostermundigen-Zürich), werden Sparbillette auf der Strecke Bern-Zürich nicht angezeigt.

Fragen:

1. Liegt die Ursache für die nicht angezeigten Sparbillette bei den SBB und/oder beim Libero-Tarifverbund?
2. Teilt der Regierungsrat die Einschätzung, dass SBB-Sparbillette auch im Libero-Tarifverbund angezeigt werden sollten?
3. Ist der Regierungsrat bereit, sich dafür einzusetzen?

Verteiler

- Bau- und Verkehrsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Frühlingssession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 16

Eingereicht am: 02.03.2020

Eingereicht von: BDP (Kohli, Bern)

Beantwortet durch: BVD

Kompetenz für Abschlüsse von Mietverträgen für den Kanton

Dem Vernehmen nach hat mutmasslich ein Mitarbeiter des Immobilienmanagements des AGG einen Mietvertrag für das gesamte Gebäude der Kochergasse 4 für den Kanton über CHF 227 300.00 pro Jahr unterschrieben.

Frage:

- Wir bitten den Regierungsrat, diese Sachlage lückenlos abzuklären und darzulegen.

Verteiler

- Bau- und Verkehrsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Frühlingssession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 1

Eingereicht am: 25.11.2019

Eingereicht von: Speiser-Niess (Zweisimmen, SVP)

Beantwortet durch: BKD

Werden pädophile Lehrpersonen auf Kantons- und Bundesebene registriert und der Schulleitung gemeldet?

Trotz mehrerer Entlassungen wegen sexueller Übergriffe unterrichtete ein Lehrer jahrelang weiter (Aargau, Juli 2019). Die Schulen wollen nichts von den Vorfällen gewusst haben. Offenbar wurden sie nicht gemeldet. Damit wird offensichtlich, wie stark der kantonale Wildwuchs bei den Meldungen für die schwarze Liste deren Ziele verfehlt.

Immer wieder werden Vorfälle von pädophilen Lehrpersonen öffentlich. Es ist offensichtlich möglich, dass solche Lehrpersonen Arbeits- oder Kantonswechsel vollziehen, ohne dass die künftigen Schulen Kenntnis haben von den vorherigen Vorfällen am alten Arbeitsplatz. Die schwarze Liste gibt ja nur Auskunft über die Lehrpersonen, die verurteilt sind bzw. denen die Berufsbewilligung entzogen wurde.

Fragen:

1. Was gedenkt der Regierungsrat zu unternehmen, damit Lehrpersonen sofort auch ohne Gerichtsurteil gemeldet werden, die mit Pädophilie oder pornographischem Material in Zusammenhang gebracht werden?
2. Ist eine intensivere Prävention an den Schulen angedacht, damit Schüler/-innen sich besser vor sexuellen Übergriffen von Lehrpersonen schützen können?
3. Wie viele Lehrpersonen sind auf der schwarzen Liste im Kanton Bern?

Verteiler

- Bildungs- und Kulturdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Frühlingssession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 2

Eingereicht am: 27.11.2019

Eingereicht von: Hess (Bern, SVP)

Beantwortet durch: BKD

Warum finanziert der Kanton Bern die von linksextremen Terroristen verseuchte Reithalle?

Am 19. November 2019 wurden in der Berner Reithalle der Musikpreis und der Filmpreis 2019 verliehen. Organisatoren des Anlasses waren die Erziehungsdirektion des Kantons Bern, das Amt für Kultur, die Berner Filmförderung und die Musikkommission des Kantons Bern.

Fragen:

1. Wie beurteilen der Regierungsrat und namentlich der Polizeidirektor den Veranstaltungsort, wo erst vor wenigen Monaten zahlreiche Polizisten teils schwer verletzt worden sind?
2. Wie teuer war die Veranstaltung, die an einem Ort durchgeführt worden ist, wo nachweislich Drogenhandel, Messerstechereien, Totschlag und sexuelle Belästigungen zur Tagesordnung gehören?
3. Wie wäre die Sicherheit der Veranstaltung bei einem Vorfall gewährleistet gewesen, wenn Vertreter von Polizei, Feuerwehr und/oder Sanität – wie in der Vergangenheit schon mehrfach geschehen – tödlich angegriffen worden wären?

Verteiler

- Bildungs- und Kulturdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Frühlingssession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 8

Eingereicht am: 01.03.2020

Eingereicht von: Geissbühler-Strupler
(Herrenschwanden, SVP)

Beantwortet durch: BKD

Einführung von Ganztageseschulen und ihre Folgen

Aus den Medien konnte entnommen werden, dass 2018 im Stöckackerschulhaus, also in der Stadt Bern, eine Ganztageseschule eröffnet wurde. Im kommenden Sommer sollen zwei weitere Ganztageseschulen im Schulhaus Bümpliz-Höhe und im Spitalacker in Betrieb genommen werden.

Fragen:

1. War der Kanton Bern bei den Bewilligungen dieser Ganztageseschulen beteiligt?
2. Wie viele zusätzliche Lehrpersonen benötigt eine Ganztageseschule?
3. Wie hoch sind die Mehrkosten für eine Ganztageseschule?

Verteiler

- Bildungs- und Kulturdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Frühlingssession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 11

Eingereicht am: 02.03.2020

Eingereicht von: von Arx (Köniz, glp)

Beantwortet durch: BKD

Erzwungene Schwimmtests auch am Inselspital?

Der erzwungene Schwimmtest (forced swim test), ein Tierversuch an Mäusen, kommt seit Jahrzehnten bei der Erforschung von Depressionssymptomen und bei der Suche nach Antidepressiva zum Einsatz. Wie der Presse zu entnehmen ist, wachsen die Zweifel an der Aussagekraft dieses Tests.

¹

Fragen:

1. Kommt der erzwungene Schwimmtest auch am Universitätsspital bzw. an der Universität Bern zum Einsatz?
2. Wenn ja: Welche nützlichen Erkenntnisse wurden dadurch in letzter Zeit gewonnen?
3. Wenn nein: Entsteht dem Universitätsspital bzw. der Universität Bern durch den Verzicht auf diesen Test ein relevanter Nachteil?

Verteiler

- Bildungs- und Kulturdirektion
- Grosser Rat

¹ <https://nzzas.nzz.ch/wissen/tierversuche-schwimmtests-bei-maeusen-eingestellt-ld.1543483>

Anfragen Frühlingssession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 15

Eingereicht am: 02.03.2020

Eingereicht von: Mühlheim (Bern, glp)

Beantwortet durch: SID

Rückstufungen von Niederlassungsbewilligungen C in Aufenthaltsbewilligungen B bei Ausländerinnen und Ausländern im Kanton Bern

Aufgrund von Artikel 63 Absatz 2 des AIG können Ausländer/-innen mit Niederlassungsbewilligung C, die über 50 000 Franken Sozialhilfe bezogen haben, neu in der Status Aufenthaltsbewilligung B überführt werden.

Die Stadt Bern hat laut Auskunft der städtischen Fremdenpolizei seit dem Inkrafttreten des neuen AIG 2019 total 11 Rückstufungen durchgeführt.

Fragen:

1. Wie viele Rückstufungen hat das MIDI in seinem kantonalen Bereich durchgeführt?
2. Wie hoch sind die Zahlen der Städte Thun und Biel, die ja auch eine eigene Vollzugsbehörde haben?

Verteiler

- Sicherheitsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Frühlingssession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 17

Eingereicht am: 02.03.2020

Eingereicht von: Etter (Treiten, BDP)

Beantwortet durch: SID

Notsituationen von Grossveranstaltungen

Am 28. Februar 2020 hat der Bundesrat in Folge der Ausbreitung des Coronavirus ein Verbot für alle Grossveranstaltungen von mehr als 1000 Teilnehmenden erlassen. Das Verbot kam sehr kurzfristig und eher überraschend. Zahlreiche Grossveranstaltungen waren für die betreffende Zeit angesagt und bereits weitgehend organisiert. Grössere Auslagen mussten bis zu diesem Zeitpunkt getätigt werden. Durch das behördlich verfügte Verbot brechen die Einnahmen der Veranstaltungen vollständig weg.

Ohne behördliche Beiträge besteht das Risiko, dass grosse Kultur- und Sportveranstalter die Bilanz deponieren müssen und solche Grossveranstaltungen in Zukunft nicht mehr stattfinden können.

Fragen:

1. Ist der Regierungsrat bereit, in Notsituationen grossen Kultur- und Sportveranstaltungen, die abgesagt werden mussten und dadurch in existenzielle Schwierigkeiten geraten, auf begründetes Gesuch hin einmalige und ausserordentliche Beiträge aus dem Kultur- oder Sportfonds zu entrichten?
2. Sieht der Regierungsrat andere Möglichkeiten, um Notsituationen von Grossveranstaltungen finanziell abzufedern?
3. Wie stellt sich der Regierungsrat die praktische Abwicklung bei Möglichkeiten zur Entschädigung von Grossveranstaltungen vor.

Verteiler

- Sicherheitsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Frühlingssession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 22

Eingereicht am: 02.03.2020

Eingereicht von: Grupp (Biel, Grüne)

Beantwortet durch: SID

Warum erhalten abgewiesene Asylsuchende keine Nothilfe, wenn sie privat untergebracht sind?

Definitiv abgewiesene Asylsuchende müssen gemäss den aktuellen Weisungen in Rückkehrzentren untergebracht werden. Zahlreiche Familien und Einzelpersonen sind von dieser Regelung betroffen, auch wenn sie im aktuellen Umfeld bestens integriert sind und auf Betreuung durch Private oder Organisationen zählen können. Diese Möglichkeit besteht weiterhin, doch verzichten diese Personen dann nicht nur auf eine Unterkunft im Rückkehrzentrum, sondern sie erhalten – ausser den Krankenkassenprämien – keine weitere Unterstützung, auch nicht den Betrag von 8 Franken pro Tag für persönliche Bedürfnisse und Nahrung.

Fragen:

1. Kann der Regierungsrat den oben beschriebenen Sachverhalt so bestätigen?
2. Aufgrund welcher rechtlichen Grundlage (Verordnung, Weisung, Verfügung...) wird die Nothilfe von 8 Franken nicht bezahlt?
3. Sieht der Regierungsrat kein Sparpotenzial darin, dass vermehrt Personen bei Privaten unterkommen möchten und könnten, wenn zumindest die Nothilfe weiterhin bezahlt würde, der Kanton aber nicht mehr für die Unterbringungskosten aufkommen müsste?

Verteiler

- Sicherheitsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Frühlingssession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 7

Eingereicht am: 01.03.2020

Eingereicht von: Knutti (Weissenburg, SVP)

Beantwortet durch: DIJ

Sollen PREFA-Dächer bei Wohnbauten verboten werden

Bei verschiedenen Bauvorhaben wurde vom Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) bei Wohnbauten in der Landwirtschaftszone PREFA-Dächer abgelehnt. PREFA-Dächer sind gerade in Föhngebieten eine sinnvolle Sache und für die Stabilisierung geeigneter als Ziegel oder Eternit. Aber auch die Langlebigkeit der PREFA-Dächer macht einen grossen Sinn, solche Dächer vermehrt zu montieren.

Fragen:

1. Wird vom AGR die Praxis angewendet, das heisst werden generell PREFA-Dächer nicht bewilligt?
2. Wenn ja: Welche gesetzliche Grundlage gibt es dafür, und wie werden solche Entscheide begründet?
3. Wie viele Baugesuche für den Bau von PREFA-Dächern wurden bis jetzt im Kanton Bern bewilligt bzw. abgelehnt?

Verteiler

- Direktion für Inneres und Justiz
- Grosser Rat

Anfragen Frühlingssession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 13

Eingereicht am: 02.03.2020

Eingereicht von: Wandfluh (Kandergrund, SVP)

Beantwortet durch: DIJ

Rechtssicherheit für Mitholz über die kommenden 20-30 Jahre

Die Räumung des Munitionslagers zieht sich über mindestens zwei Politikergenerationen hin. Die Umsiedlung von rund 170 Personen ist für die Schweiz einmalig.

Fragen:

1. Steht prioritär in der Gemeinde Kandergrund genügend kurzfristig verfügbares und passendes Bau- und Gewerbeland für Interessenten aus Mitholz zur Verfügung?
2. Sind ausserordentliche Einzonungen von Bauland notwendig und vorgesehen?
3. Auf welcher gesetzlichen Grundlage können diese umgesetzt werden?

Verteiler

- Direktion für Inneres und Justiz
- Grosser Rat

Anfragen Frühlingssession 2020

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 19

Eingereicht am: 02.03.2020

Eingereicht von: Egger (Frutigen, glp)

Beantwortet durch: DIJ

Rechtssicherheit für Mitholz über die kommenden 20-30 Jahre

Die Räumung des Munitionslagers zieht sich über mindestens zwei Politikergenerationen hin. Die Umsiedlung von rund 170 Personen ist für die Schweiz einmalig.

Frage:

- Steht sekundär in den angrenzenden Gemeinden genügend kurzfristig verfügbares und passendes Bauland für Interessenten aus Mitholz, die nicht in der Gemeinde Kandergrund bleiben wollen, zur Verfügung?

Verteiler

- Direktion für Inneres und Justiz
- Grosser Rat